

Wohlfahrtsgewinne durch liberalisierten Dienstleistungshandel

**Wachstum um 0,3%, Beschäftigung um 0,2% höher –
Bestehende Barrieren entsprechen Zollsatz von 20% bis
40%**

Würde man noch bestehende Barrieren im Dienstleistungshandel abbauen, könnte das heimische Bruttoinlandsprodukt um 0,3% und die Beschäftigung um 0,2% erhöht werden. Barrieren bestehen zum Großteil in Regulierungsmaßnahmen Österreichs wie beispielsweise Zwangsmitgliedschaften bei Kammern und international unüblichen Verboten von Unternehmensgemeinschaften von Rechtsanwälten und Wirtschaftsberatern. Schätzungen gehen davon aus, dass die Barrieren im Dienstleistungsbereich im Durchschnitt in etwa einem Zollsatz 20% bis 40% (je nach Sektor und Berechnungsart) entsprechen. Zu diesem Schluss kommen zwei aufeinander aufbauende Studien des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche und des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, welche im Rahmen des "Forschungsschwerpunktes Internationale Wirtschaft" (FIW) vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) zum Thema Dienstleistungshandel beauftragt wurden.

Die Verabschiedung der Dienstleistungsrichtlinie durch das Europäische Parlament Ende Dezember 2006 bedeutete einen bisher noch nicht dagewesenen Liberalisierungsschub in einem Sektor, der über lange Zeit als nicht handelbar galt. Der Dienstleistungshandel stellt jedoch inzwischen mit einem Anteil von 20% am Gesamthandel ein bedeutendes Phänomen dar. Handelsbarrieren in diesem Sektor sind schwer zu quantifizieren, weil sie aufgrund der Immaterialität von Dienstleistungen oft nicht fassbar sind und häufig tiefgehend in heimische Gesetze, Normen und Regulierungsmaßnahmen hineinreichen.

Die Studien gehen nun den potentiellen Effekten einer weitgehenden Liberalisierung dieses Sektors mit Hilfe von Simulationsmodellen nach. Die bestehenden Barrieren für den grenzüberschreitenden Verkehr von Dienstleistungen werden in den neuen Mitgliedsländern als bedeutend höher eingeschätzt als in den alten Mitgliedsländern. Daher würden diese Länder auch von einer weiteren Liberalisierung am stärksten profitieren. Das Exportvolumen der neuen Mitgliedsländer könnte je nach Modellannahme (Ausmaß der Kürzung und Behandlung sensibler Sektoren) zwischen 5% und 12% nominell wachsen, das Importvolumen zwischen 4¹/₂% und 10% zunehmen. Die entsprechenden Werte für die alten Mitgliedsländer liegen im Durchschnitt um ¹/₂ bis 1 Prozentpunkt darunter. Durch die bessere und billigere Verfügbarkeit von

kommerziellen Dienstleistungen, welche als Vorleistungen in die Sachgüterproduktion einfließen, würde sich in Osteuropa die Güterproduktion stärker ausdehnen. Dadurch lässt sich eine Verbesserung der Güterhandelsbilanzen dieser Länder erwarten. In den westeuropäischen Ländern würde im Gegenzug der Dienstleistungssektor selbst von einer Öffnung profitieren. Die Zugewinne im Dienstleistungshandel würden jedoch mengenmäßig die Handelsverluste im Sachgüterbereich nicht kompensieren können und einen leicht negativen Gesamteffekt auf die gesamte Handelsbilanz verursachen. In Österreich würde vor allem der Handel im Telekommunikationsbereich, im Finanz- und Versicherungswesen sowie im Transportsektor profitieren. Insgesamt sind die Gewinne aus der Handelsliberalisierung jedoch weniger in einer Verbesserung der Handelsbilanz als vielmehr in niedrigeren Preisen für Dienstleistungen und daher in Gewinnen für Konsumenten und Produzenten zu suchen.

Die Ergebnisse der Handelssimulationen wurden verwendet, um mit Hilfe des regionalen Österreich-Modells MultiREG die Konsequenzen dieser Veränderungen in den Handelsmustern nach Branchen und Regionen (Bundesländern) abzuschätzen. Danach ist der Effekt auf die österreichische Gesamtwirtschaft in der kurzen Frist leicht negativ (das Bruttoinlandsprodukt ist etwa -0,3% geringer als im Basisszenario); längerfristig, also nach Anpassungen der Kapitalstöcke, wird ein leichter Anstieg des BIP um +0,3% geschätzt. Als größter "Verlierer" erweist sich dabei erwartungsgemäß die Sachgüterproduktion, deren Wertschöpfung langfristig um etwa -2,5% (entspricht in etwa ½% des Bruttoinlandsproduktes) sinken dürfte. Die größten Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt gehen von den Branchen Transport und Bank- und Versicherungsdienstleistungen aus (mit je etwa ¼% des Bruttoinlandsproduktes). Die meisten übrigen Sektoren erfahren leichte Zuwächse.

Langfristig werden die größten Rückgänge in den Bundesländern Nieder- und Oberösterreich erwartet (um etwa ¼% des Bruttoregionalproduktes). Mehr als kompensiert werden diese aber durch positive Effekte im Burgenland (getrieben vor allem vom Transportgewerbe), Vorarlberg und vor allem im Dienstleistungszentrum Wien (speziell im Sektor Banken und Versicherungen), deren Regionalprodukte um 1% bis 1,5% zulegen sollten. Auf Österreichebene ergibt sich damit ein Plus von +0,3% des Bruttoinlandsproduktes. Mit +0,2% werden die Beschäftigungseffekte etwas geringer ausfallen, vor allem weil der Hauptgewinner der Liberalisierung, der Sektor Banken und Versicherungen, überdurchschnittliche Pro-Kopf-Wertschöpfung aufweist.

Wien, am 12. August 2008.

Rückfragen bitte an

Dr. Julia Wörz, Tel. (1) 40420-5232, julia.woerz@oenb.at oder

Mag. Dr. Oliver Fritz, Tel. (1) 798 26 01/261, Oliver.Fritz@wifo.ac.at.

Die Studien von

Joseph Francois (Johannes Kepler Universität), Olga Pindyuk, Julia Wörz (wiiw): *Trade Effects of Services Trade Liberalization in the EU* (FIW-Studie Nr. 004, 25 Seiten) und
Oliver Fritz (WIFO), Gerhard Streicher (Joanneum Research): *Trade Effects of Service Liberalization in the EU. Simulation of Regional Macroeconomic Effects for Austria* (FIW-Studie Nr. 005, 20 Seiten)

wurden im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit im Rahmen des Kompetenzzentrums FIW (Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft) erstellt und können kostenlos von der FIW-Homepage heruntergeladen werden:

<http://www.fiw.ac.at/fileadmin/Documents/Publikationen/fiwstudie4.pdf>,

<http://www.fiw.ac.at/fileadmin/Documents/Publikationen/fiwstudie5.pdf>.